



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 5. Juni 2019 – Auszug aus Drucksache 18/2481 –

Frage Nummer 1

mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter
Julika Sandt
(FDP), **Hel-
mut
Markwort**
(FDP)

Wir fragen die Staatsregierung, wie ist der Stand der Planungen für die von Ministerpräsident Dr. Markus Söder u. a. gegenüber Zeitungsverlegern angekündigten bayerischen Medienplattformen – vgl. dpa-Meldung vom 20.03.2019 – (bitte insbesondere mit Blick auf die Finanzierung durch öffentliche Mittel, Rundfunkbeiträge und private Gelder und auf die Möglichkeiten zur Beteiligung kleiner Qualitätsanbieter an der Plattform und den Werbeumsätzen beantworten) und welche Kontrollbefugnisse der Landeszentrale für neue Medien (BLM) sind vorgesehen, z. B. mit Blick auf die Trennung von journalistischen und interessengetriebenen Inhalten?

Antwort der Staatskanzlei

Die Medien in Bayern sind gut aufgestellt und arbeiten im Gesamten erfolgreich. Aber Zukunftschancen dürfen nicht vergeben und das Feld vollends den US-Medienkonzernen überlassen werden. Diese sind mächtige „Gatekeeper“, die Zugang zu Inhalten und die Bedingungen für Anbieter und Nutzer bestimmen können.

Die bayerische Medienpolitik setzt sich daher einerseits für die Schaffung eines modernen Ordnungsrahmens ein, mit dem bayerische Medienunternehmen optimale Bedingungen für den nationalen und internationalen Wettbewerb haben. Zudem wird aktiv den Aufbau einer digitalen Medienplattform unterstützt.

Ziel ist, dem vielfältigen und qualitativ hochwertigen Medienangebot in Bayern – darunter auch kleinere Anbieter – eine attraktive und zukunftsorientierte Bühne im Netz zu geben. Lokale, regionale und landesweite TV-, Radio- und elektronische Printprodukte, erweitert um nationale Angebote, sollen dort zugänglich sein – unabhängig davon, ob diese Angebote privat oder öffentlich-rechtlich finanziert sind.

Die konzeptionellen Überlegungen dazu sind gemeinsam mit der Landeszentrale für neue Medien im Gange. Dort werden zunächst grundsätzliche technische und

wirtschaftliche Fragen wie die Weiterentwicklung von Online-Geschäftsmodellen und die Möglichkeit von Förderungen mit öffentlichen Mitteln geprüft.